

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsgeldern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (mit Post 2 RM., halbjährlich 10 RM., durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachadresse: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schiffverteilung: Dresden-N. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 16. Februar 1928 Nummer 40

Raffiniertes Wahlmanöver des Bürgerblods

Hindenburg-Arbeitsgemeinschaft mit Hilfe der SPD — Zur Durchpeitschung der Bürgerblodvorlagen
Täuschung der werttätigen Wähler — Morgen Schlichtungsverhandlungen im Metallarbeiterkampf

Sie gehen zu Hindenburg... wie Anno 1914

Berlin, 16. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach der gestrigen Erklärung des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien über das Scheitern des Schulgesetzes und die Auflösung der Regierungskoalition trat das Bürgerblodkabinett unter dem Vorsitz von Herzog zusammen. Es wurde beschlossen, daß trotz der formellen Auflösung des Bürgerblods die Bürgerblodregierung unbedingt das Hindenburg-Programm noch durchführen müsse. Das bedeutet, daß zunächst eine Reichstagsauflösung nicht stattfinden soll und auch die Regierung im Amt bleibt. Bürgerblodregierung und Bürgerblodreichstag sollen den Etat normalerweise verabschieden und auch das Liquidationsgesetz, demgegenüber sowie den Nachtragetat mit den geplanten Verbesserungen für die Großrentner beschließen. Dann erst, also frühestens im Mai, sollen die Wahlen stattfinden.

Nach der Kabinettsitzung trat der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien in der siebenten Abendstunde wieder zusammen, um Mitteilungen der Regierung entgegenzunehmen. Es wurde auch mit nicht zur Regierung gehörigen Parteien, nämlich der SPD und den Demokraten, Führung über die reibungslose Durchführung des Hindenburg-Programms genommen. Um die Beratungen im jetzigen Reichstag bis zum 31. März beenden zu können, soll die Arbeit im Reichstag beschränkt werden, sowie die Einbringung von Nachträgen erfolgen. Die Parteien sollen sich verpflichten, keine „Agitationsanträge“ zu stellen und bis Freitag abend erklären, ob sie bereit sind, an der Durchführung dieses Arbeitsplanes loyal mitzumachen.

Die demokratischen und SPD-Führer haben sich bereits dafür entschieden, der Bürgerblodregierung keine Schwierigkeiten bei der Verabschiedung des Hindenburg-Programms zu machen, d. h. die Bürgerblodregierung wird mit Hilfe der SPD noch weiter regieren und von Heland sein, um die reaktionären Vorstöße gegen das Proletariat, insbesondere die schärfsten Kampfmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft in den im April zu erwartenden Arbeitskämpfen, zur Durchführung zu bringen.

Der heutige Vorwärts beschönigt diesen neuen unerhörten Verrat mit folgenden Ausführungen: „Auch die Opposition ist daran interessiert, den Schutthaufen, den diese Regierung zurückläßt, nicht bis in den Himmel wachsen zu lassen. Sie hat darum seinen Anlaß, die notwendigen Aufräumungsarbeiten durch besondere Aktionen zu fördern. Sie hat immer erklärt, daß sie an dem Etat und an anderen wichtigen Aufgaben mitzuarbeiten bereit ist. Für sie ist es auch keine Lebensfrage, ob sechs Wochen früher oder später gewählt wird.“ (!)

In großen Schlagzeilen verkündete die gestrige Abendpresse „Das Ende der Koalition“ sowie das Scheitern des Schulgesetzes.

In der interfraktionellen Besprechung der Bürgerblodparteien wurde von allen Seiten festgestellt:

„Das Schulgesetz gilt als endgültig gescheitert“

Darauf wurde eine Besprechung der Bürgerblodfraktionsführer mit der Bürgerblodregierung angelehnt, an der Herzog, Curtius, Brauns und Schäkel teilnahmen.

In dieser Besprechung erklärte Westarp für die Deutschen und von Guerard für das Zentrum:

„Die Regierungskoalition muß als aufgelöst betrachtet werden.“

Der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, erklärte demgegenüber, daß seine Partei das Reichsschulgesetz nicht als die ausschließliche Aufgabe der jetzigen Regierungskoalition angesehen habe und daß die Deutsche Volkspartei auch deshalb in Übereinstimmung mit der Ansicht des Reichspräsidenten von Hindenburg nicht die Notwendigkeit gegeben läßt, die Koalition aufzulösen. Er nehme deshalb zunächst von der Erklärung der beiden anderen Fraktionsführer Kenntnis.

Dann kam die berühmte Frage: „Was nun?“ Darüber meldet die Tägliche Rundschau:

„Alle Redner erklärten sich namens ihrer Fraktion bereit, die dringendsten Aufgaben noch vor der Auflösung des Reichstages zu erledigen. Nach allgemeiner Ansicht gehören dazu die Verabschiedung des Etats, des Nachtragetats, des Liquidationsgesetzes und der Kreditaktion für die Landwirtschaft. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei betonte, daß seine Fraktion auch noch die reichsgesetzliche Regelung der Rentenversicherung mit in die dringendsten Aufgaben einbeziehe.“

Und nun macht die Tägliche Rundschau ein interessantes Eingeständnis. Sie schreibt:

„Man war sich klar darüber, daß es auch zur Erledigung der notwendigen Arbeiten erforderlich ist, in einer gewissen Fühlung zu bleiben und die Koalition durch eine gewisse Arbeitsgemeinschaft zu ersetzen.“

Bereits am vergangenen Freitag schrieben wir, daß die Bürgerblodparteien ein ungeheuerliches Betrugsmanöver planen; Zentrum und Deutsche Volkspartei wollen vor den Wahlen ein Regiment, das nach außen hin gleichsam „als aufgelöstes Bürgerblod erscheint“, während man jenseitig die alte Bürgerblodpolitik fortsetzt. Und da haben sich jetzt die Bestätigung: es heißt nicht mehr Bürgerblod-Koalition, sondern zur bewußten Täuschung der Wählermassen nur noch „gewisse Arbeitsgemeinschaft“.

Wir teilten am Ende voriger Woche mit, daß dieses schamlose Wahlmanöver mit Hilfe der SPD-Führer vorgenommen werden soll. Hier die weitere Bestätigung für die Richtigkeit unserer Auffassung. Die Berliner Morgenzeitung teilt nämlich folgendes mit:

„Im Zentrum tritt eine Strömung in den Vordergrund, die für die Erledigung eines überaus länglichen (!) demnächstigen Notprogramms ist: für den Etat und den Nachtragetat sowie für die Durchführung der Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft.“

Man will jedoch dieses Notprogramm nur erledigen, wenn vorher eine Einigung mit den Sozialdemokraten in dem Sinne

durchgeführt wird, daß die Sozialdemokraten die Arbeit an diesem Notprogramm nicht durch agitatorische Anträge usw. jähren. In diesem Sinne hat das Zentrum bereits Fühlung mit den Sozialdemokraten genommen.“

Die Deutschen haben bereits eine „Erklärung zur Lage“ herausgegeben, in der sie mit heuchlerischer Enttäuschung die Deutsche Volkspartei für die Auflösung der Bürgerblodkoalition verantwortlich machen. Dort heißt es:

„Aber die Deutsche Volkspartei hat sich fortgesetzt im Gegensatz zu den drei anderen Parteien gestellt, und im Laufe der Zeit eine immer unerfreulichere und unangenehmere Haltung gegen das Gesetz angenommen... Es ist Sache der

Vorbereitung des Verrats Verwirrungsmanöver des DMB

Der erweiterte Beirat des DMB hat einstimmig nachstehende Entschlüsse angenommen:

„Die technischen und organisatorischen Betriebsverbesserungen haben in allen Industrien, besonders in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie, eine außerordentliche Produktionssteigerung gebracht. Dieser Prozeß ist keineswegs abgeschlossen, er geht auch künftig dauernd menschliche Arbeitskräfte in großer Zahl frei, führt bei gleichbleibenden Warenpreisen und gleichbleibenden Löhnen zur Ausschüttung immer größerer Massen aus der Industrie, vermindert deren Kaufkraft und treibt zur Massenarbeitslosigkeit und sozialem Elend. Der Arbeitsmarkt weist seit November 1927 eine Verschlechterung auf, die nicht nur auf saisonmäßige Einflüsse, sondern auf die vorgenannten Ursachen zurückzuführen ist.“

Um diese Verschlechterung aufzuhalten und eine Besserung der Wirtschaftslage zu erzielen, müssen alle die Konjunktur günstig beeinflussenden Faktoren zur Anwendung kommen; weitreichende Wohnungspolitik, soziale Gestaltung der Steuern, durchgreifende Maßnahmen gegen die monopolistische Marktbeherrschung, Abbau der Zölle, in erster Linie aber Stärkung der Massenkaufkraft durch Lohnerhöhung, die der Produktionssteigerung entspricht. Sie ist nicht nur eine soziale Pflicht, sie ist von wirtschaftlicher Notwendigkeit.“

Vergehens wird die deutsche Arbeiterklasse in dieser Resolution nach irgendwelchen konkreten Maßnahmen im Hinblick auf die kommenden Kämpfe suchen. Bekanntlich lautete doch der Tagesordnungspunkt: „Beworbenende Bewegungen im Frühjahr 1928.“ Jetzt, wo die mitteldeutschen Metallarbeiter in einem erbitterten Kampfe um höheren Lohn stehen, wo Millionen deutscher Arbeiter vor einem Kampf um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit stehen, jetzt legt ihnen der DMB-Beirat seinen Kriegsplan gegen das brutale Unternehmertum vor, das in der nordwestdeutschen Metallindustrie den Achtstundentag verweigert und im mitteldeutschen Kampfe auch die Lohnerhöhungen rücksichtslos verhindert will — jetzt werden die Arbeiter mit abstrakten „theoretischen“ Resolutionen abgelenkt, in denen von „gleichbleibenden Warenpreisen“ die Rede ist, in denen nur von der Freizügigkeit von Arbeitskräften die Rede ist, ohne daß die ungeheuerlich gestiegene physische Arbeitsleistung des einzelnen erwähnt wird, die selbst „bei gleichbleibenden Warenpreisen“ eine Lohnerhöhung unumgänglich und notwendig macht, ohne daß bei den sogenannten „technischen und organisatorischen Betriebsverbesserungen“ das schamlose Antreiben- und Angeben-System, das Wertspielum und die ungeheuerliche Akkordjäherei gebrandmarkt wird.

christlichen Elternschaft, weiterhin alle Kräfte anzustrengen, um ihr Recht an der Erziehung ihrer Kinder zu wahren und um der Forderung eines christlichen Schulgesetzes neue Wege zu bahnen. Die Deutschnationale Volkspartei wird sie nach Kräften in Reich und Ländern dabei unterstützen. Zu ihren unveräußerlichen Idealen gehört es, die christliche Erziehung der deutschen Jugend zu sichern.“

Diese Erklärung zielt natürlich darauf ab, den kommenden Wahlkampf gemeinsam mit dem Zentrum gegen die Deutsche Volkspartei so zu führen, daß dabei eine festere Bindung zunächst zwischen Deutschnationalen und Zentrum herauskommt und so die Bildung einer Koalitionsregierung mit Einbeziehung der Sozialdemokratie einigen Schwierigkeiten begegnet, denn die Deutschnationalen sind durchaus gewillt, nicht nur die jetzige Bürgerblodregierung und den Bürgerblodreichstag möglichst lange zusammenzuhalten, sondern auch nach den Wahlen eine neue Bürgerblodregierung mitzumachen und die Bildung einer Koalitionsregierung zu erschweren. Daher ihr Bestreben, das Schulgesetz möglichst in den Mittelpunkt der Wahlagitiation zu rücken, weil so nach Spekulation der Deutschnationalen auch gleichzeitig die Beziehungen zwischen Zentrum und Sozialdemokraten eine Verschärfung erfahren sollen. Die Arbeiterklasse aber hat keinen Grund, alle diese Wahlmanöver des Bürgerblods und die Koalitionsmanöver der Sozialdemokraten für bare Münze zu nehmen. Sie schaut diesen Herrschaften nicht auf das Maul, sondern auf die Finger. Und der jetzige mitteldeutsche Metallarbeiterkampf sowie die kommenden Millionenkämpfe werden dem deutschen Proletariat den besten Anschauungsunterricht geben, wer für die proletarischen Klasseninteressen gegen die wachsende wirtschaftliche Not und politische Unterdrückung kämpft und wer die Lebensinteressen des Proletariats lakonieopfert, um fetter Pfünden- und Ministerposten der Hindenburgrepublik willen.

Noch aber ist der Bürgerblodreichstag zusammen. Noch ist die Bürgerblodregierung im Amt. Jetzt gilt es, den Generalsturm zu organisieren zum Sturz der Bürgerblodregierung und zur Auseinandersetzung des Bürgerblodreichstages.

Wie aber sollen sich die deutschen Arbeiter, vor allem die Metallarbeiter, in den kommenden Bewegungen verhalten, um nicht von einer Niederlage zur anderen getrieben zu werden? Darüber sagt die obige Resolution kein Wort. Nach dem Rezept des Theoretikers Hilferding in Kiel wird hier bewußt der Kampf Bruch mit dem Unternehmertum beiseite gelassen und in den Hintergrund gedrängt. Statt dessen laßt angelehnt der bevorstehenden Massenstreiks und Ausperrungen der Unternehmer, in denen es ganz konkret um die Höhe des Lohnes und die Länge der Arbeitszeit geht, die Wohnungsfrage, die Steuerfrage und die Forderung usw. auf. Es ist also klar, daß auf den gemäßigten Führerbesprechungen jetzt lediglich der Wahlkampf der Sozialdemokratie, nicht aber ein Regierender Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer organisiert wird. Einen wirklichen Sieg der Arbeiter über das Unternehmertum kann die SPD im Interesse ihrer Koalitionspolitik nicht gebrauchen. Die Arbeiter aber denken anders und werden dieser schamlosen Politik in den Betrieben und Gewerkschaften in den jetzigen und kommenden Wirtschaftskämpfen und auch in den kommenden Wahlen die gebührende Antwort geben.

Abwägung in Vorbereitung Morgen Schlichtungsverhandlungen

Das Berliner Tageblatt meldet: „Der Reichsarbeitsminister hat sich angelehnt der zu bekräftigenden katastrophalen Wirkung einer Massenaußsperrung aller Metallarbeiter in ganz Deutschland zur Einleitung eines neuen Schlichtungsverfahrens entschlossen und den Schlichter für Thüringen, Ministerialrat Daubisch, zum Schlichter bestellt. Ministerialrat Daubisch wird wahrscheinlich die Einladungen für Freitag ergehen lassen. Für den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns war bei der Anordnung des neuen Schlichtungsverfahrens offenbar entscheidend, daß sich beide Parteien feigegeirant haben und deswegen unter allen Umständen ein Ausweg eröffnet werden müsse. Wenn der Schlichter einen Spruch fällt, so ist auch wohl nicht an der späteren Verbindlichkeitserklärung zu zweifeln.“

Diese vom Reichsarbeitsministerium inspirierte Pressemeldung ist nur eine erste Andeutung, gewissermaßen ein Fühler, der die Stimmung der kämpfenden Metallarbeiter ausprobieren soll. Es ist jetzt Sache der mitteldeutschen Metallarbeiter, laut und deutlich zu erklären, daß für sie nur die volle Bewilligung ihrer Forderungen auf 15 Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde in Frage kommt und daß sich der neue Schlichter die Fällung eines jeden Schiedspruches ersparen kann, der diese Lohnzulage